

Schnell gelernt

Nicht nur die CDU-Opposition, sondern vor allem die eigenen Genossen bedrohen ein neues Gesamtschulgesetz der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung. Der Entwurf mache alle Reformen zunichte.

Mehr als ein Jahrzehnt lang kämpften Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen für die Gesamtschule. Sie kämpften bis zum Umfallen.

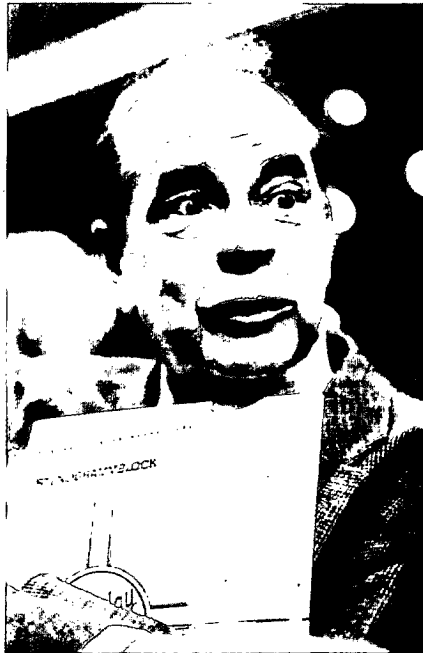
Als in der letzten Woche die mit absoluter Mehrheit regierende SPD im Düsseldorfer Landtag das Gesetz über die „Gleichstellung der Gesamtschule“ einbrachte, gingen Tausende SPD-Anhänger auf die Straße: Der Entwurf ist für sie ein Verrat an der großen Idee.

Vom Schuljahr 1981/82 an sollen Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr „Schulversuch“, sondern „gleichwertige und gleichberechtigte Angebotsschulen zur Ergänzung unseres Schulwesens“ sein. Kernstück des Gesetzeswerks:

- ▷ Die Gemeinden in NRW „sind verpflichtet“, Gesamtschulen „zu errichten und fortzuführen, wenn ein Bedürfnis dafür besteht“;
- ▷ neue Gesamtschulen können allerdings nur dann errichtet werden, wenn Realschulen und Gymnasien „auch künftig in zumutbarer Weise erreichbar“ sind. Diese Bestandsgarantie gilt nicht für Hauptschulen, die durch Gesamtschulen ersetzt werden können;
- ▷ Gesamtschulen können auch als Halbtagschulen eingerichtet wer-

den, umfassen „in der Regel“ die Sekundarstufen I und II, wobei die Sekundarstufe II (Klasse 11 bis 13) als „gymnasiale Oberstufe“ geführt wird. In den Jahrgängen 5 bis 10 müssen mindestens vier Parallelklassen (Realschulen und Gymnasien: mindestens zwei) eingerichtet werden.

Die Sozis an Rhein und Ruhr haben mit ihrer absoluten Mehrheit im Landtag jetzt die Möglichkeit, jenen Schultyp zu fördern, von dem Bildungsreformer die Beseitigung allen Schulübens erhoffen und von dem die Gegner eine sozialistische Einheitsschule erwarten.



Kultusminister Girgensohn Verrat an der großen Idee?

Doch was Kultusminister Jürgen Girgensohn als „wichtigen bildungspolitischen Fortschritt“ und Ministerpräsident Johannes Rau als „vollständige Einlösung unseres Wahlversprechens“ preisen, gilt diesmal nicht nur der oppositionellen CDU als „unannehmbar“. Die Landesregierung müsse sich erst noch „anstrengen, damit das Gesamtschulgesetz ein gutes sozialdemokratisches Gesetz wird“, spöttelte beispielsweise Manfred Dammeyer, Vorsitzender des Arbeitskreises Schule der SPD-Landtagsfraktion. Und der Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Büssow, Vorsitzender einer SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen, verlangte „substantielle Änderungen“.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund dringt auf „umfassende Korrektur des Entwurfs und seiner Begleitumstände“. Als Kultusminister Girgensohn bei der DGB-Bildungsexpertin Maria Weber um Sympathien für sein Gesetzespapier warb, ließ die Gewerkschafterin ihn abblitzen: „So nicht.“ Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erklärte: „Wir lehnen diesen Gesetzentwurf kategorisch ab.“

Und wie. Unter Beschuß geriet fast alles. Die Bestandsgarantie für Realschulen und Gymnasien, so die Kritiker, verhindere angesichts drastisch sinkender Schülerzahlen neue Gesamtschulen vor allem in ländlichen Gebieten. Daß Ganztagsbetrieb nicht vorgeschrieben sei, nehme der Schule pädagogische Wirkung. Die Klassen 11 bis 13 nur als gymnasiale Oberstufe für Allgemeinbildung und nicht als Kollegstufe mit zusätzlicher beruflicher Ausrichtung zu führen, torpediere die erstrebenswerte Kombination von Allgemein- und Berufsbildung. Der Zwang, Gesamtschulen vierzünftig einzurichten und so Mindestgrößen vorzuschreiben, reduziere von vornherein die Gründungschancen in bevölkerungsärmeren Regionen.

„Skandalös“ (GEW) sei, daß die Stundenzahl für Gesamtschullehrer heraufgesetzt werden soll. Die Schüler-Lehrer-Relation werde schlechter statt besser — das Gesetz, so faßten rund 1000 Gesamtschullehrer in einer Protestnote zusammen, sei der „Versuch einer totalen Demontage der Gesamtschule“.

In der Tat wird es wohl, wenn der Gesetzentwurf Gesetz wird, auf dem platten Land keine neuen Gesamtschulen mehr geben. Selbst in den Städten werden Neugründungen rar sein, allenfalls 15 sind bis 1985 zu erwarten — obwohl es in Nordrhein-Westfalen bislang nur 32 Gesamtschulen gibt (Hessen: 66) und dort 25 Prozent der Eltern ihre Kinder auf Gesamtschulen schicken würden, wenn sie könnten.

Der Schwenk vom großen Gedanken auf die kleine Lösung resultiert vor allem aus einem bildungspolitischen Trauma der NRW-SPD. Seit vor drei Jahren ihr Modell der Kooperativen



Demonstration für Gesamtschulen (in Köln): „Totale Demontage“

Uhren, die nicht nur die Zeit zeigen - VDO-clip-clock.

Neue Termin- und Weckuhren für die ganze Familie. Das ausgesuchte Geschenk für aufgeschlossene Menschen. Für alle Wohnbereiche. Zum Stellen und Hängen, Legen oder Klemmen. Die Quarzuhren können immer blickrichtig eingestellt werden. Erhältlich im Uhrenfachgeschäft.

VDO

Neue Ideen rund um die Uhr.



Coupon
Bitte schicken Sie mir
unverbindlich und kostenlos
Informationsmaterial C 43.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Schule durch ein von der CDU-Opposition eingefädelt Volksbegehren gekippt wurde, haben die Sozialdemokraten Angst vor neuem Reinfall.

Im Kabinett gibt gelegentlich ein Minister Volkes Stimme zum besten, die Geschichte seines Fahrers beispielsweise, der seinen Sohn aufs Gymnasium schicke und nun bange frage: „Warum macht ihr das Gymnasium kaputt?“ Oder die Sorge eines Ministerkollegen, der zwei Kinder auf der Gesamtschule habe und sage: „Wann lernen die da eigentlich was?“

Den Kabinettschef Rau haben nicht erst solche Dönkes auf Vorsicht gebracht. Während die Lehrer-Basis rebellierte, riet ihm der GEW-Vorsitzende Erich Frister: „Laß die Finger von Gesetzen, die bloß mehr Gesamtschulen bringen sollen und dann lediglich Ärger bereiten“; es sei besser, bestehende Gesamtschulen optimal auszustatten, als um jeden Preis neue einzurichten zu wollen. Nach seiner Einschätzung, belehrte Frister den Ministerpräsidenten, sei die Misere der hessischen Sozialdemokratie „überwiegend auf die Probleme im Schulbereich zurückzuführen“.

Rau lernte schnell. In der Gesamtschulfrage, bekannte er jüngst, „ich stehe zwischen Remmers und Worms“: Der niedersächsische CDU-Kultusminister Werner Remmers gilt, wenigstens nach Unions-Maßstäben, als progressiver Bildungspolitiker, der rheinische CDU-Vorsitzende Bernhard Worms als gemäßigter Liberaler. Den Gesetzentwurf lehnt Worms freilich ab; er möchte fünf weitere Jahre Versuchsschule, und ein Volksbegehren, „unsere einzige legale Waffe gegen eine absolute Parlamentsmehrheit“, schließt er nicht aus.

An einen zweiten Volks-Erfolg glauben die Christdemokraten allerdings selber nicht. „Ich kann mir nicht vorstellen“, sagt der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Brüggemann, „daß sich wie 1978 bei Koop genügend Leute dafür finden werden.“ Das Thema scheint abgegriffen, und auch eine Verfassungsklage, die Oppositionschef Kurt Biedenkopf gerne ins Feld führt, verspricht wenig. In Bonn zirkuliert ein Gutachten der Staatsrechtsprofessoren Fritz Ossenbühl und Jürgen Salzwedel, das der CDU in diesem Punkt keine Hoffnung macht.

Dennoch ist zweifelhaft, ob das Gesetz durchkommt. Nicht die Christdemokraten, sondern die Genossen werden es zausen. Am letzten Wochenende stand der Entwurf bereits im Mittelpunkt eines Parteitages des Dortmunder SPD-Unterbezirks, des mit 27 700 Mitgliedern stärksten der Bundesrepublik. Änderungen sind für die Genossen unabdingbar. Entscheidend sei, so der SPD-Fraktionsvize Gerd Wendsinski, „daß ein Zeichen gesetzt wird. Es muß etwas geschehen“.